

Ratgeber Geld : so überwinden wir die Währungskrise

Autor(en): **Tobel, Urs von / Eugster, Christof**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **141 (2015)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-952271>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

So überwinden wir die Währungskrise

Die Nationalbank ist von der Politik unabhängig, und gerade das ist ihre grosse Stärke: Sie macht monetäre Politik – die Arbeitsplätze vernichtet. Der Bundesrat reagiert schnell und hilflos. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga reiste zum EU-Kommissionspräsidenten nach Brüssel und kehrte mit leeren Händen zurück. Immerhin entlockte ihr Bussi-Bild mit Jean-Claude Juncker dem Heimpublikum ein Lächeln. Klar, jetzt muss das Volk die Zügel selbst in die Hände nehmen. Der «Nebenspalter» zeigt vier gangbare Wege auf, welche die Schweiz retten.

1 Ich gebe, dass du gibst

Man kann nicht nur fordern, man muss auch was anbieten. Das gilt auch für die Schweiz. Sie kann zum Beispiel die Rettung der EU-Wirtschaft anbieten. Zwar flutet Mario Draghi die EU mit 2000 Milliarden Euro und hofft, damit den Aufschwung zu erreichen. Wer eine Firma gründen will, braucht nur die Hand in die Fluten zu strecken und ein Milliönchen rauszuziehen. Doch das allein reicht nicht, wie uns Ex-Preisüberwacher Rudolf Strahm in unzähligen Kolumnen beibringt. Die Krisenregionen der EU brauchen ein duales Lehrsystem mit Berufsschulen und Fachhochschulen. Der Deal ist einfach: Rudolf Strahm führt in Südeuropa das duale Lehrsystem ein und im Gegenzug erhält die Schweiz das Recht, die Einwanderung nach Belieben zu steuern, wobei die Bilateralen weiterhin Gültigkeit haben. Die Wirtschaft der EU wird boomen, und in einigen Jahren wird ein Euro wieder 1.50 Franken kosten. Die Schweizer Wirtschaft wird so stark wie nie zuvor.

Pro: Eine Win-win-Situation für Europa und die Schweiz.

Contra: Der Dachverband der Schweizer Wirtschaft Economiesuisse ist am Boden zerstört, weil es mit dem Import billiger Fachkräfte nun vorbei ist. Junge Schweizer fördern und Senioren aufmöbeln kommt teurer zu stehen.

2 Echte Minderung

Jetzt kippt Johann Schneider Ammann die letzten Tabus: Am runden Tisch sollen die Sozialpartner Lohnsenkungen oder längere Arbeitszeiten ermöglichen. Möglichst subito, denn der starke Franken verteuert den Export um 15 bis 20 Prozent. Die Alternative heisst Arbeitslosigkeit, Hunger und Not. Da ists doch besser, wenn sich das Volk zu einem kollektiven Opfer entschliesst. Doch muss ausgerechnet das arbeitende Volk für die verfahrenere Währungssituation aufkommen? Nein! Erinnern wir uns doch an die Abzocker-Initiative des tapferen Thomas Minder. Das Volk nahm sie an und die Lobbyisten samt den Eidgenössischen Räten setzten sie um – sodass die Millionen Scheffler getrost weiter absahnen können. Jetzt aber ist der Zeitpunkt für die «echte Minderung», gekommen. Und so funktioniert: Die Boni dürfen eine Million Franken nicht übersteigen. Zahlen die Firmen mehr, müssen sie den gleichen Betrag in einen «Krisentopf» einschiessen. Dessen Inhalt – man kann ruhig einen Milliardenbetrag prognostizieren – kommt den darbedenden Exportfirmen zugute. Die Boni-Zahler werden das akzeptieren. Dafür werden Bonus-Empfänger wie Joe Jimenez und Brady Dougan schon sorgen.

Pro: Die demnächst zur Abstimmung kommende Durchsetzungs-Initiative verlangt, dass Volksinitiativen wort- und sinngetreu umgesetzt werden. Das soll dann auch für Thomas Minder's Initiative gelten – besser spät als nie. Besorgt um ihren Ruf, werden die Grossfirmen vorher freiwillig bezahlen.

Contra: Gut bezahlte PR-Menschen werden mit dem Auszug der grössten Firmen drohen.

3 Der Wolff ist los

Richard Wolff, der alternative Stadtrat von Zürich, hat entschieden, dass die Besetzer des Labitzke-Areals den von ihnen provozierten Polizeieinsatz nicht bezahlen müssen. Was in Zürich geschieht, hat Signalwir-

kung für die Schweiz. Denn in der Schweiz gibt es viele unzufriedene Menschen – man denke nur an die Schwarzen Blöcke. Diese kennen auch die Schuldigen der Währungskrise, die sie der Einfachheit halber einfach Kapitalisten nennen. Gegen die sind Proteste immer angezeigt. Worauf dann die Schwarzblocker den Banken, Warenhäusern und Edelboutiquen ihre Besuche abstaten, wobei die verantwortungsvolle Minderheit unter ihnen die gewaltbereiten Chaoten nicht zurückzuhalten vermögen.

Nicht so schlimm, gemäss Zürcher Vorbild trägt die öffentliche Hand die Schäden. Wenn von Genf bis Zürich, von Gstaad bis St. Moritz die Steine fliegen, werden auch die internationalen Medien darüber berichten. Folge: Die Schweiz gilt nicht mehr als sicherer Hort für Riesenvermögen. Der Franken wird schwächer und die Exportindustrie kann aufatmen.

Pro: Nicht nur die Exportindustrie profitiert. Auch die Zweitwohnungs-Initiative kann mühelos umgesetzt werden.

Contra: Die Steine und das Tränengas hindern die Bevölkerung daran, den Lohn ihrer Arbeit in Vergnügen umzuwandeln.

4 EU-Beitritt

Die einfachste, aber bislang kaum erwähnte Massnahme ist der Beitritt zur europäischen Union. EZB-Präsident Mario Draghi überschwemmt gegenwärtig die EU mit Milliarden von Euro. Der Kurs ist entsprechend tief, und so könnte die Schweizer Exportindustrie ihre Qualitätsprodukte zu Tiefstpreisen in alle Welt verkaufen.

Pro: Stutz und die Vollbeschäftigung für alle.

Contra: Die Schweizer mögen Neuerungen – wie das Frauenstimmrecht, den Uno-Beitritt – nicht. Vor dem Jahr 2050 ist an einen EU-Beitritt nicht zu denken.

